

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1278

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1278



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



riskant, teuer, schädlich

Vollgeld-Initiative

Nein.

www.vollgeldinitiative-nein.ch

ARGUMENTARIUM

NEIN zu diesem hochriskanten Experiment!

Die Vollgeld-Initiative macht die Schweiz zum Versuchskaninchen für ein hochriskantes Experiment, das es so noch nie gegeben hat. Noch nie hat irgendein Land auf der Welt seine Geldpolitik derart auf den Kopf gestellt und seine Nationalbank gezwungen, Geld ohne Gegenwert in Umlauf zu bringen. Es gibt keinen Grund, die Schweiz einem solchen Risiko auszusetzen.

NEIN zu Vollgeld – denn es wird teuer für alle!

Heute können Banken mit dem Geld, das ihnen anvertraut wird, arbeiten. Dafür erhalten die Kontoinhaber einen Zins, der je nach Teuerung mal hoch, mal niedriger ausfällt. Das Geld auf den Vollgeld-Konten dürften die Banken nicht anrühren. Trotzdem entstehen Kosten für Kontoverwaltung und den Zahlungsverkehr. Darum gibt es auf den Vollgeld-Konten keine Zinsen mehr, dafür höhere Gebühren für alle.

NEIN zu weniger Krediten und weniger Investitionen!

Die Initiative verbietet das heutige Buchgeld. Deshalb dürften Banken künftig keine Kredite mehr aus Sichteinlagen (z. B. von Lohnkonten) vergeben, sondern nur noch aus Spargeldern. Doch die Spargelder würden heute nicht ausreichen, um die Kreditnachfrage zu befriedigen. Ein System, wie die Vollgeld-Initiative es fordert, wäre schwerfällig und kompliziert – als Folge steigen die Kreditzinsen und die Kreditvergabe wird erschwert. Und wenn weniger Kredite vergeben werden, dann gibt es auch weniger Investitionen. Das trifft vor allem KMU, Hausbesitzer und indirekt auch alle Mieter.

NEIN zur Schwächung unserer Nationalbank!

Die Initiative gibt zwar vor, der Nationalbank mehr Macht zu geben. In Wahrheit aber wird die SNB durch Vollgeld enorm geschwächt, weil sie jedes Jahr einen hohen Milliardenbetrag an neuem Geld an Staat und Private verschenken soll. Das weckt politische Begehrlichkeiten und verunmöglicht eine unabhängige Geldpolitik.

Inhalt

| | |
|---|----|
| Das will die Vollgeld-Initiative | 3 |
| Ein Hochrisiko-Experiment | 5 |
| Vollgeld wir teuer für alle | 6 |
| Weniger Kredite = weniger Investitionen | 7 |
| Schwächt unsere Nationalbank | 8 |
| ... und weitere Probleme, die Vollgeld schafft | 9 |
| 10 häufige Fragen rund um die Vollgeld-Initiative | 10 |

IMPRESSUM

Komitee Vollgeld-
Initiative NEIN
Postfach 2255
3001 Bern



Vollgeld-Initiative

Nein.

www.vollgeldinitiative-nein.ch

Facebook: @VollgeldinitiativeNEIN

Twitter: @vollgeld_nein

Das will die Vollgeld-Initiative

INITIATIVTEXT

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 99 Geld- und Finanzmarktordnung

- ¹ Der Bund gewährleistet die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Finanzdienstleistungen. Er kann dabei vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit abweichen.
- ² Der Bund allein schafft Münzen, Banknoten und Buchgeld als gesetzliche Zahlungsmittel.
- ³ Die Schaffung und Verwendung anderer Zahlungsmittel sind zulässig, soweit dies mit dem gesetzlichen Auftrag der Schweizerischen Nationalbank vereinbar ist.
- ⁴ Das Gesetz ordnet den Finanzmarkt im Gesamtinteresse des Landes. Es regelt insbesondere:
 - a. die Treuhandpflichten der Finanzdienstleister;
 - b. die Aufsicht über die Geschäftsbedingungen der Finanzdienstleister;
 - c. die Bewilligung und die Beaufsichtigung von Finanzprodukten;
 - d. die Anforderungen an die Eigenmittel;
 - e. die Begrenzung des Eigenhandels.
- ⁵ Die Finanzdienstleister führen Zahlungsverkehrskonten der Kundinnen und Kunden ausserhalb ihrer Bilanz. Diese Konten fallen nicht in die Konkursmasse.

Art. 99a Schweizerische Nationalbank

- ¹ Die Schweizerische Nationalbank führt als unabhängige Zentralbank eine Geld- und Währungspolitik, die dem Gesamtinteresse des Landes dient; sie steuert die Geldmenge und gewährleistet das Funktionieren des Zahlungsverkehrs sowie die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten durch die Finanzdienstleister.
- ² Sie kann Mindesthaltedfristen für Finanzanlagen setzen.
- ³ Sie bringt im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages neu geschaffenes Geld schuldfrei in Umlauf, und zwar über den Bund oder über die Kantone oder, indem sie es direkt den Bürgerinnen und Bürgern zuteilt. Sie kann den Banken befristete Darlehen gewähren.
- ⁴ Sie bildet aus ihren Erträgen ausreichende Währungsreserven; ein Teil dieser Reserven wird in Gold gehalten.
- ⁵ Der Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank geht zu mindestens zwei Dritteln an die Kantone.
- ⁶ Die Schweizerische Nationalbank ist in der Erfüllung ihrer Aufgaben nur dem Gesetz verpflichtet.

Übergangsbestimmungen zu den Art. 99 und 99a

- ¹ Die Ausführungsbestimmungen sehen vor, dass am Stichtag ihres Inkrafttretens alles Buchgeld auf Zahlungsverkehrskonten zu einem gesetzlichen Zahlungsmittel wird. Damit werden entsprechende Verbindlichkeiten der Finanzdienstleister gegenüber der Schweizerischen Nationalbank begründet. Diese sorgt dafür, dass die Verbindlichkeiten aus der Buchgeld-Umstellung innerhalb einer zumutbaren Übergangsphase getilgt werden. Bestehende Kreditverträge bleiben unberührt.
- ² Insbesondere in der Übergangsphase sorgt die Schweizerische Nationalbank dafür, dass weder Geldknappheit noch Geldschwemme entsteht. Während dieser Zeit kann sie den Finanzdienstleistern erleichterten Zugang zu Darlehen gewähren.
- ³ Tritt die entsprechende Bundesgesetzgebung nicht innerhalb von zwei Jahren nach Annahme der Artikel 99 und 99a in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen innerhalb eines Jahres auf dem Verordnungsweg.

BEGRIFFSKLÄRUNG: VOLLGELD

Als «Vollgeld» bezeichnen die Initianten Geld, das als gesetzliches Zahlungsmittel gilt, von der Nationalbank ausgegeben wird und von dieser jederzeit zu 100 Prozent garantiert wird. Diese Bedingungen erfüllt heute nur das Bargeld. Damit unterscheidet sich Vollgeld vom elektronischen Buch- oder Giralgeld, das bei einer Kreditvergabe durch eine Geschäftsbank entsteht. Letzteres will die Initiative verbieten, dafür soll die Nationalbank künftig auch elektronische Franken ausgeben.

Die Vollgeldinitiative wurde im Sommer 2014 lanciert und im Dezember 2015 eingereicht. Dahinter steht der Verein Monetäre Modernisierung (MoMo). Dieser ist der Meinung, dass die Schaffung von Buchgeld durch die Banken (siehe Infobox unten) die Geldmenge in unkontrollierter Weise ausweitet und damit die Gefahr neuer Blasen und Finanzkrisen ständig vergrössert. Deshalb soll die Geldmenge ganz allein durch die Nationalbank gesteuert werden. Nicht nur Bargeld, sondern auch das elektronische Geld soll offizielles, durch die SNB garantiertes Zahlungsmittel werden. Um dieses «Vollgeld» krisensicher zu machen, werden Finanzdienstleister verpflichtet, Vollgeld-Konten ausserhalb ihrer Bilanz zu führen. Die heutigen Sichtkonten werden verboten, das eingezahlte Geld muss jederzeit vollumfänglich verfügbar sein. Mit Vollgeld sollen in Zukunft Bankruns verhindert werden können: Also Situationen, in denen Bankkunden ihr Geld plötzlich massenweise abheben wollen und damit ein Finanzinstitut in den Ruin treiben.

Die Initiative sieht aber auch vor, dass die Nationalbank neues Geld künftig «schuldfrei» in Umlauf bringt, indem sie es an Bund, Kantone oder gar direkt an die Bürgerinnen und Bürger verteilt. Damit soll jede Erhöhung der Geldmenge direkt der Allgemeinheit zugute kommen. Die Initianten sprechen davon, dass mit diesen Ausschüttungen Infrastrukturprojekte finanziert, Steuern gesenkt oder Sozialwerke saniert werden könnten.

GELDSCHÖPFUNG HEUTE

a) Durch die Nationalbank

Offizielles gesetzliches Zahlungsmittel in der Schweiz ist der Franken, der von der Nationalbank in Form von Münzen und Noten in Umlauf gebracht wird. Diese machen rund 10 Prozent der gesamten Geldmenge aus.

Zusätzlich steuert die SNB die Geldmenge, indem sie den Geschäftsbanken Kredite gewährt oder indem sie Aktien, Devisen oder Staatsanleihen kauft oder andere Investitionen tätigt. Umgekehrt kann sie die Anzahl der sich in Umlauf befindenden Franken verringern, indem sie diese Werte wieder abstösst.

b) Durch die Geschäftsbanken

Der Rest des sich in Umlauf befindenden Geldes besteht aus sogenanntem Buch- oder Giralgeld. Dieses entsteht, indem Geschäftsbanken Kredite ausgeben, beispielsweise einen Hypothekarkredit für einen Hauskauf. Dabei «erschaffen» sie neues Geld, indem sie es dem Kreditnehmer gutschreiben. Abgesichert ist dieses Geld durch die Immobilie als Gegenwert. Wird der Kredit abbezahlt, verschwinden diese Werte wieder aus der Bilanz der Bank. Sie verdient jedoch an den Zinsen, die in der Zwischenzeit bezahlt werden müssen. Je mehr Kredite vergeben werden, desto mehr Geld ist im Umlauf. Doch die Geschäftsbanken können die Geldmenge nicht beliebig erhöhen. Sie müssen dafür eine Reihe von Bedingungen erfüllen – insbesondere darf ihr Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme eine bestimmte Quote nicht unterschreiten. Diese Eigenkapitalquote wurde in den letzten Jahren angehoben und liegt beispielsweise für die beiden Schweizer Grossbanken UBS und CS ab 2019 bei 3,5 Prozent (bzw. gewichtet bei 5 Prozent). Zudem stellen die neuen Liquiditätsvorschriften sicher, dass die Banken auch in einem schwierigen Marktumfeld stets über ausreichend flüssige Mittel verfügen.

Auch die Nationalbank kann die Kreditvergabe der Geschäftsbanken beeinflussen. Sie kann zu diesem Zweck den Leitzins erhöhen oder senken – also den Zinssatz, zu welchem sich Geschäftsbanken bei ihr Geld leihen können. Ein hoher Leitzins führt dazu, dass die Banken die Zinsen für ihre eigenen Kreditnehmer ebenfalls erhöhen müssen. Dadurch werden Kredite weniger attraktiv. Alternativ kann die SNB auch den Mindestreservesatz anheben. Dieser bestimmt das Pflichtguthaben, das die Geschäftsbanken bei der Nationalbank unterhalten müssen.

Ein Hochrisiko-Experiment

Noch nie getestet

Heute verfügt die Schweiz über ein stabiles und leistungsfähiges Geldsystem und die Guthaben auf den Konten sind sicher. Was die Initianten fordern, wurde noch nie einem Realitäts-Check unterzogen. Kein Land hat sein Geldsystem jemals derart radikal auf den Kopf gestellt. Vergleichbare Ideen (siehe Infobox) werden zwar immer wieder vorgebracht, wurden aber noch nie umgesetzt. Es gibt schlicht keinen Grund, ein bewährtes System völlig umzukrempeln und dabei Kopf und Kragen zu riskieren.

Die Schweiz als Versuchskaninchen

Hinter der Vollgeld-Initiative steht eine Bewegung, die in 25 Staaten aktiv ist, insbesondere in Deutschland. In den meisten Ländern findet die Idee kaum Widerhall. Anders in der Schweiz: Dank kräftiger Unterstützung der ausländischen Schwesterorganisationen ist es dem Verein MoMo gelungen, die nötigen Unterschriften für eine Volksabstimmung zusammenzubringen. Ein wichtiges Ziel der Initiative ist es, der Debatte auch international zu mehr Aufmerksamkeit zu verhelfen. Manche ausländische Vollgeld-Anhänger stehen offen dazu, dass ihnen die Schweiz als Versuchsfeld dienen soll. Besonders stossend ist, dass diese Personen die einschneidenden Konsequenzen gar nicht selbst tragen müssen. Oder anders gesagt: Die Schweiz soll als Versuchskaninchen dienen. Und wenn es schiefgeht, sind viele der Verantwortlichen weit weg.

Aus der Botschaft des Bundesrats zur Initiative:

«Die Umsetzung der Initiative würde eine weitgehende und unerprobte Umgestaltung des Geld- und Währungssystems sowie des Finanzsektors der Schweiz im nationalen Alleingang und mit ungewissem Ausgang bedeuten.» Bundesrat, Botschaft zur Vollgeld-Initiative

Ein Eldorado für Spekulanten

Selbst kleine geldpolitische Reformen werden üblicherweise geheim gehalten und erst am Stichtag bekannt gegeben. Denn jeder Zentralbankdirektor weiss, dass er sonst den Spekulanten Tür und Tor öffnet. Die Vollgeld-Initiative verlangt nun einen geldpolitischen Totalumbau mit Ansage. Ein grösseres Geschenk kann man den Geldspekulanten gar nicht machen. SNB-Präsident Thomas Jordan bringt es auf den Punkt: «Die Schweiz hätte ein unerprobtes Finanzsystem, das grundlegend anders wäre als diejenigen in allen anderen Ländern. Dies würde schon vor der Umsetzung für grosse Unruhe an den Finanzmärkten sorgen.»

BEGRIFFSKLÄRUNG: VOLLGELD, 100-PROZENT-RESERVE, CHICAGO-PLAN

Vollgeld wird oft mit einem Geldsystem verwechselt, welches eine Mindestreservepflicht von 100 Prozent verlangt. Der bekannteste Entwurf für ein solches System (auch 100-Prozent-Banking oder Vollreserve genannt) ist der Chicago-Plan. Dieser wurde 1933 mitten in der grossen Wirtschaftskrise von US-Ökonomen vorgeschlagen. Trotz einiger Gemeinsamkeiten unterscheidet er sich in wichtigen Punkten von der Vollgeld-Idee: Vollgeld soll selbst als Vermögenswert gelten (auch wenn es mit nichts hinterlegt ist) und ausserhalb der Bankbilanz geführt werden. Beim 100-Prozent-Geld ist die Bank hingegen verpflichtet, ihre Sichteinlagen vollumfänglich mit Nationalbankgeld zu hinterlegen. Im Vollgeld-System kann nur noch die Nationalbank Geld schaffen. Beim 100-Prozent-Geld könnten weiterhin die Banken Buchgeld als Kredit gegen Zins in Umlauf bringen. Der Chicago-Plan wurde nie umgesetzt, die Risiken waren zu gross. Bei Vollgeld sind sie noch deutlich grösser.

Vollgeld wird teuer für alle

Das Geld darf nicht mehr für die Bevölkerung arbeiten

Bankkonten, die heute für den Zahlungsverkehr genutzt werden, sind sogenannte Sicht- oder Girokonten. Die Bank verbucht Ein- und Auszahlungen, das Geld ist (so lange es nicht am Schalter oder Bancomaten bezogen wird) nur in digitaler Form vorhanden. Mit den Sichtguthaben kann die Bank arbeiten, Gewinne erzielen und den Sparernden einen Zins auszahlen. Die Vollgeld-Initiative schreibt nun aber vor, dass diese Art von Konto verboten wird. Alle Konten für den Zahlungsverkehr sollen in Vollgeld-Konten umgewandelt werden. Die Bank muss diese ausserhalb ihrer Bilanz führen und darf das Geld nicht anrühren. Das führt zu höheren Gebühren und einem Wegfall der Zinsen für die Sparer. Eine aktuelle Untersuchung zeigt, dass mit Vollgeld pro Jahr rund 6,5 Milliarden Franken weniger Zinsen an die Kontoinhaber ausbezahlt würden.¹

Prof. Ernst Baltensperger, Spezialist für Geldtheorie und langjähriger Berater der Nationalbank:

«Die Vollgeld-Initianten berücksichtigen viel zu wenig, dass Zentralbankgeld und das Girogeld der Banken zwar Substitute, aber nicht homogene Produkte sind. Sie wollen mit den Sichteinlagen der Banken ein Produkt verbieten, das sich für die wirtschaftliche Effizienz und Entwicklung unserer Volkswirtschaften als äusserst wichtig erwiesen hat.»

Keine Zinsen, aber höhere Gebühren

Doch Geld, das nicht arbeitet, wirft auch keinen Gewinn ab. Es liegt auf der Bank wie ein Goldvreneli im Bankschliessfach. Zinsen gibt es dafür keine. Aber auch die Gebühren für die Kontoführung werden höher ausfallen, denn der Aufwand der Finanzdienstleister für den Zahlungsverkehr wird nicht kleiner, und anders lässt sich mit diesen Konten gar kein Geld mehr verdienen. Die Kosten jeder einzelnen Transaktion, zum Beispiel beim Einkauf im Supermarkt, müssten direkt auf die Kundinnen und Kunden abgewälzt werden. Treffen wird das alle, die in der Schweiz ein Bank- oder Postkonto haben – also nahezu die gesamte Bevölkerung. Eigentlich könnten die Banken bereits heute solche Vollgeld-Konten anbieten. Sie tun es nicht, weil ein solches Konstrukt sowohl für sie wie auch für ihre Kunden sehr unattraktiv wäre.

EINLEGERSCHUTZ: GUTHABEN BIS 100'000 FRANKEN SIND HEUTE SCHON GESICHERT

Der Konkurs einer Schweizer Bank ist extrem selten. Der oft zitierte Fall der Spar- und Leihkasse Thun (1991) war eine Ausnahme, und seither wurde die Bankenaufsicht verstärkt. Heute sind in der Schweiz Bankguthaben bis zu 100'000 Franken speziell geschützt. Falls es doch zu einem Konkurs kommen sollte, werden diese Forderungen vor allen anderen behandelt. Und falls das Geld dafür nicht ausreichen sollte, kommt die Einlagensicherung Esisuisse zum Zug, die dafür sorgt, dass die Kunden ihr Geld innert 20 Tagen erhalten. Für normale Sparer bringt Vollgeld deshalb keine zusätzliche Sicherheit, nur zusätzliche Kosten.

Mehr Informationen zur Einlagensicherung: www.esisuisse.ch

¹ Bei gleichbleibendem BIP. Bacchetta, Philippe (2017) – The Sovereign Money Initiative in Switzerland: An Assessment. Universität Lausanne.

Weniger Kredite = weniger Investitionen

Kreditvergabe wird teurer und kompliziert

Im Vollgeld-System darf eine Bank nicht mehr so wie heute Kredite vergeben. Heute bewilligt die Bank einen Kreditantrag, nachdem sie die finanziellen Verhältnisse des Kunden geprüft hat. Sie schreibt das Geld anschliessend auf seinem Konto gut und schafft damit neues Buchgeld. Die Vollgeld-Initiative will dies nun verbieten. Die Guthaben auf den Vollgeld-Konten (z. B. Lohnkonti) dürfte eine Bank nicht mehr für die Kreditvergabe verwenden. Sie würde somit anderes Kapital benötigen (z. B. von investitionswilligen Sparern). Allerdings gibt es heute viel mehr Kredite als Spargelder. Damit Angebot und Nachfrage wieder im Gleichgewicht sind, müssten die Banken die Spar- und Kreditzinsen vermutlich stark anheben. Die Bevölkerung würde einerseits mehr sparen. Andererseits würde sie weniger Kredite beziehen können, da diese dann teurer sind. Diese Kreditklemme würde vor allem kleine Einkommen treffen – denn die Banken würden die knappen Kredite zuerst den gut abgesicherten Kundinnen und Kunden geben, um das Risiko möglichst klein zu halten.

Weniger Investitionen, höhere Mietpreise

Wenn Kredite knapper und teurer werden, dann können die Unternehmen nicht mehr im selben Umfang investieren. Darunter leiden insbesondere die KMU: Sie beziehen heute 89 Prozent² des Gesamtvolumens aller Geschäftskredite in der Schweiz, haben in den meisten Fällen aber keinen Zugang zu internationalen Finanzierungsmöglichkeiten. Wenn sie also investieren und damit neue Arbeitsplätze schaffen möchten, werden sie durch Vollgeld gebremst. Ein solches System dient niemandem. Von einer Kreditverknappung wäre letztlich die gesamte Schweizer Wirtschaft betroffen und damit auch der Wohlstand und die Innovationskraft der Schweiz. Wenn sinnvolle Investitionen durch ein Vollgeld-System verzögert oder gar verunmöglicht werden, trifft dies auch fast alle Bevölkerungsgruppen. Beispielsweise bei den Wohnkosten: Teurere Hypothekarkredite belasten nicht nur, wer ein Eigenheim besitzt oder kaufen möchte. Betroffen wären auch alle Mieterinnen und Mieter, denn weniger Bauinvestitionen bedeuten weniger Wohnungen. Und wenn Immobilien grundsätzlich teurer werden, steigen über kurz oder lang auch die Mieten.

Zentralisierung macht blind

Die Wirtschaft leidet nicht nur aufgrund geringerer Investitionen, sondern auch durch die extreme Zentralisierung der Geldpolitik, welche die Initiative vorsieht. Heute entscheiden die Bankkundenberater in den Regionen, ob ein Kredit für einen Hausbau, für eine Erweiterung der Bäckerei oder für die Erstellung eines neuen Skilifts gesprochen und damit die Geldmenge angepasst werden soll. Neu läge die alleinige Kompetenz der Geldschöpfung zentralisiert bei der SNB. Das ist ein grosses Risiko. Denn einerseits kann die Nationalbank die Situation vor Ort schlechter einschätzen als die Regionalbanken. Andererseits hätte eine Fehleinschätzung der Nationalbank ungleich grössere Konsequenzen: Sie würden das ganze Land betreffen anstatt nur das lokale Gewerbe in einer bestimmten Region.

² Dietrich, Andreas et al. (2017) – Studie zur Finanzierung der KMU in der Schweiz 2016. Hochschule Luzern.

Schwächt unsere Nationalbank

Erzwungenes Geldgeschenk

Nach dem Willen der Initianten soll die Nationalbank neues Geld künftig schuldfrei in Umlauf bringen. Oder anders gesagt: Sie soll es jedes Jahr an Bund, Kantone und Private verschenken. Genannt werden unterschiedliche Summen, aber meistens handelt es sich um zweistellige Milliardenbeträge. Damit sollen Steuern gesenkt, Sozialwerke saniert, Infrastrukturprojekte finanziert oder ganz einfach die Kaufkraft erhöht werden. Die Nationalbank würde damit Fiskalpolitik betreiben, was ihr heute untersagt ist. Solche Aussichten wecken unweigerlich grosse Begehrlichkeiten, weil die Nationalbank dank der schuldfreien Geldschöpfung ja keine Devisenreserven mehr bräuchte. Der Druck auf die SNB, dieses Geld auch wirklich auszuschütten, wäre deshalb enorm. Auch dann, wenn die Ausschüttung geldpolitisch unsinnig ist, weil die Inflation gerade zu hoch ist. Aber Steuersenkungen lassen sich nun mal nicht von einem Tag auf den anderen zurücknehmen, darum droht der SNB eine politische Instrumentalisierung.

Nationalbank-Präsident Thomas Jordan zu den Folgen der Initiative:

«Die Unabhängigkeit der SNB würde untergraben, wenn wir neues Geld direkt an den Staat oder die Haushalte verteilen müssten. Dadurch würde die Nationalbank zum Spielball politischer Interessen, und die Erfüllung unseres Mandats würde erschwert.»

Noch mehr Geschenke in Milliardenhöhe

Die Anhänger von Vollgeld geben sich damit aber nicht zufrieden und versprechen noch mehr Gratis-Geld für alle. Und zwar so: Heute sind rund 550 Milliarden Franken Buchgeld (d. h. Kredite und Sichteinlagen) in Umlauf. Nach einem Ja zur Initiative muss dieses Buchgeld aus dem Verkehr gezogen werden. Aber die gesamte Geldmenge soll nicht so radikal verkleinert werden. Deshalb wollen die Initianten, dass die Nationalbank den grössten Teil dieser Gelder sofort als Vollgeld wieder ausschüttet: in Form eines Geschenks an die Allgemeinheit. Sie rechnen damit, dass so über die nächsten zehn bis zwanzig Jahre weitere 300 Milliarden Franken verteilt werden können, also nochmals 15 bis 30 Milliarden Franken pro Jahr. Doch das neu ausgeschüttete Geld wäre nicht mehr mit einem Gegenwert hinterlegt (beispielsweise mit Anleihen, Aktien oder Gold). In anderen Worten: Das Vollgeld ist eigentlich Leergeld. Doch die Bevölkerung wird einem Schweizer Franken, der nur noch mit heisser Luft hinterlegt ist, nicht mehr vertrauen.

Eine geldpolitische Einbahnstrasse

Die Nationalbank führt als unabhängige Zentralbank die Geld- und Währungspolitik des Landes. Ihr Hauptauftrag ist es, für stabile Preise zu sorgen. Die SNB setzt die Geldpolitik um, indem sie das Zinsniveau am Geldmarkt steuert und so die Geldmenge indirekt beeinflusst. Zudem kauft oder verkauft sie nach Bedarf Aktien, Gold oder Staatsanleihen. Wie oben geschildert, wird die SNB durch die Vollgeld-Initiative gezwungen, jährlich eine zweistellige Milliardensumme zu verschenken. Was aber, wenn sie die Geldmenge eigentlich verringern sollte, weil die Teuerung stark zunimmt? Im Vollgeld-System gehen ihr in diesem Fall die Optionen rasch aus. Die ausgeschütteten Milliarden lassen sich dann nicht zurückholen, denn niemand gibt freiwillig ein Geldgeschenk zurück. Das macht die Vollgeld-Initiative so gefährlich: Sie gibt vor, die Nationalbank zu stärken. Aber in Tat und Wahrheit schwächt sie die SNB enorm.

... und weitere Probleme, die Vollgeld schafft

Massive Regulierung nötig

Macht man ein System kompliziert, schwerfällig und teuer, führt das normalerweise dazu, dass Menschen Umgehungsmöglichkeiten suchen. Auch beim Vollgeld ist davon auszugehen, dass beispielsweise Kreditnehmer versuchen würden, die Finanzierung ihrer Projekte anderweitig sicherzustellen. Dafür bieten sich Kredite in anderen Währungen an, insbesondere in Euro, Dollar oder in Kryptowährungen, die teilweise aber enormen Wechselkursschwankungen ausgesetzt sind. Um die Stabilität des Systems zu gewährleisten, müsste die Politik mit massiver Regulierung eingreifen. Die Initiative gibt ihr dafür auch quasi einen Freipass.

Wirtschaftsfreiheit infrage gestellt

Der Initiativtext sieht Revolutionäres vor, um die Kreditvergaben sicherzustellen. Die Initianten wollen dem Bundesrat die Vollmacht geben, nötigenfalls stark in den Finanzmarkt einzugreifen. Wörtlich: «Er kann dabei vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit abweichen.» Hier geht es um Grundlegendes, denn die Wirtschaftsfreiheit ist ein in der Bundesverfassung verankertes Grundrecht, das den Einzelnen vor staatlichen Einschränkungen der privatwirtschaftlichen Tätigkeit schützt. Im Bereich der Kreditvergabe will die Initiative dieses Grundrecht opfern.

Schweiz stünde isoliert da

Die Initianten sind zwar überzeugt, dass Vollgeld dermassen gut funktioniert, dass andere Länder die Idee umgehend kopieren würden. Dies ist aus heutiger Sicht aber völlig ungewiss. Gewiss ist hingegen, dass die Schweiz international völlig isoliert dasteht, bis diese Wunschvorstellung der Initianten Realität wird. Der Schweizer Finanzplatz würde, obwohl er global bedeutend und entsprechend vernetzt ist, nach ganz anderen Regeln funktionieren als der Rest der Welt. Die Konsequenzen lassen sich aus heutiger Sicht kaum abschätzen. Aber es ist zu erwarten, dass die Schweiz für Finanzgeschäfte schlicht unattraktiv wird.

10 häufige Fragen rund um die Vollgeld-Initiative

1. Kann ein Ja zu Vollgeld eine Finanzmarktkrise wie 2008 verhindern?

Nein. Die damalige Krise wurde durch massenhaft «faule» Hypotheken auf dem US-Häusermarkt ausgelöst, die nicht ausreichend abgesichert waren, aber in komplexen Anlageprodukten weiterverkauft wurden. Auslöser der Krise waren also falsche Investitionen und Risikoeinschätzungen. Das Platzen dieser Blase und der damit einhergehende Konkurs grosser Finanzinstitute führten zu massiven Unsicherheiten, die den Interbankenmarkt blockierten. Banken liehen einander kaum noch Geld. Ein rein inländisches Vollgeldsystem kann eine solche Krise der globalen Finanzmärkte niemals verhindern. Mit der «Too big to fail»-Gesetzgebung hat man in der Schweiz aber sichergestellt, dass die systemrelevanten Banken auch im Krisenfall den Zahlungsverkehr gewährleisten können.

2. Bin ich persönlich betroffen, wenn die Initiative umgesetzt wird?

Ja, die negativen Auswirkungen bekäme die gesamte Bevölkerung zu spüren. Das Bank- oder Postkonto, das wir heute für unseren alltäglichen Zahlungsverkehr verwenden, würde in dieser Form verboten. Die Bank müsste es künftig ausserhalb ihrer Bilanz führen und dürfte das darauf liegende Geld nicht anrühren, also keinen Zins erwirtschaften. Trotzdem muss sie den Zahlungsverkehr gewährleisten. Damit sich das für die Bank überhaupt noch lohnt, muss sie den Kunden die vollen Kosten in Rechnung stellen. Das bedeutet hohe Gebühren für Transaktionen, E-Banking, Geldbezug am Bancomaten und Zahlungen im Supermarkt, aber auch höhere Kontogebühren.

Alle Menschen in der Schweiz sind auch in ihrer Rolle als Mieter oder Hausbesitzer betroffen. Im Vollgeldsystem wird es deutlich schwieriger und teurer, einen Hypothekarkredit zu erhalten. Das schlägt sich sehr direkt auf die Wohnkosten aller nieder. Denn ohne günstige Kredite gibt es auch keinen günstigen Wohnraum.

3. Welche Auswirkungen hat Vollgeld auf die Wirtschaft?

Die Auswirkungen wären gravierend, denn Vollgeld geht alle Unternehmen in der Schweiz etwas an, längst nicht nur die Banken. Es ist offensichtlich, dass die Kreditvergabe allgemein stark eingeschränkt wäre und eine Kreditknappheit droht. Wenn ein KMU überhaupt noch an einen Kredit kommt, wäre dies bürokratischer, langwieriger und deshalb auch teurer als heute. Investitionen zum Ausbau eines Unternehmensstandorts und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze würden damit verzögert. Das macht den Wirtschaftsstandort Schweiz unattraktiv – insbesondere, weil dieses Problem in allen Nachbarländern ja nicht auftreten würde.

4. Trifft die Vollgeld-Initiative nicht hauptsächlich die Grossbanken?

Nein, im Gegenteil. In einem Vollgeldsystem müssten alle Geschäftsbanken auf die heutigen Sichtkonten verzichten und diese teuer ersetzen. Kleinere und mittelgrosse Regionalbanken trifft das besonders hart, denn für sie ist das Zinsgeschäft besonders wichtig. Die Vorgabe, dass künftig alle Kredite hundertprozentig durch bestehendes Geld vorfinanziert werden müssen, schränkt sie in diesem Kerngeschäft stark ein. Anders als die Grossbanken wären Regionalbanken kaum in der Lage, sich auf den internationalen Geldmärkten das nötige Kapital zu beschaffen, um ihre Region weiterhin ausreichend mit Krediten zu versorgen.

5. Wird das Geld auf meinem Bankkonto sicherer, wenn es Vollgeld ist?

Das Geld ist heute bereits sehr sicher. Die Initianten geben vor, dass man in der Schweiz die Bankguthaben gegen Bankruns absichern müsse: Also für den Fall, dass plötzlich alle Kunden einer Bank in kürzester Zeit ihr gesamtes Geld abheben wollen. Für ein solches Szenario bietet Vollgeld tatsächlich einen gewissen Vorteil, weil die Konten für den Zahlungsverkehr ausserhalb der Bankbilanz geführt werden müssen und darum nicht vom Konkurs betroffen sind. Nur: Bankruns sind sehr, sehr selten und waren auch während der Finanzmarktkrise von 2008 in der Schweiz kein Thema. Die seither deutlich verschärfte Bankenregulierung hat einen solchen Fall sogar noch viel unwahrscheinlicher gemacht. Und durch die Einlagensicherung Esisuisse sind in der Schweiz alle Bankguthaben bis zu einer Höhe von 100'000 Franken im Konkursfall garantiert – auch ohne all die Nachteile, die ein Vollgeldsystem mit sich bringt.

6. Wurde Vollgeld oder ein ähnliches System schon einmal ausprobiert?

Nein. Die Initianten behaupten zwar, die Schweiz kenne Vollgeld schon lange: Münzen seien nichts anderes als Vollgeld. Doch dieses Beispiel hinkt beträchtlich. Denn erstens machen Münzen heute weniger als ein Prozent der gesamten Geldmenge aus. Die Konsumenten haben sie längst durch Noten oder elektronisches Geld ersetzt. Und zweitens entsteht bei der Herausgabe von frischem Münzgeld kaum ein Gewinn, der an die Allgemeinheit verschenkt werden könnte, wie das die Initiative beim Vollgeld vorsieht. Zwar beträgt der Metallwert der Schweizer Geldstücke heute nur noch einen Bruchteil ihres Nominalwerts. Entsprechend könnte der Bund mit der Prägung einen Gewinn erzielen. Aber: Damit er bei einem vollständigen Rücklauf alle Münzen ohne Verlust gegen Noten oder elektronisches Geld eintauschen kann, muss er Rückstellungen in der Höhe von 65 Prozent der sich im Umlauf befindenden Geldstücke bilden (35 Prozent der Münzen gehen erfahrungsgemäss irgendwann verloren oder werden Teil von Sammlungen).

7. Kann die Schweiz Vollgeld alleine einführen?

Ja, aber sie macht sich damit zu einem geldpolitischen Exoten und sehr angreifbar. Kein anderes Land kennt ein solches System, und es ist auch nicht absehbar, dass jemand anderes dieses hochriskante Experiment ausprobieren will. Für Schweizer Banken würden damit fundamental andere Regeln gelten als für ausländische Finanzinstitute – der stark international ausgerichtete Schweizer Finanzplatz würde dadurch ganz klar geschwächt. Angreifbar macht sich die Schweiz deshalb, weil Vollgeld eine radikale Geldreform mit langer Vorankündigung wäre. Das lässt viel Raum für Spekulationen. Die Unsicherheit an den Finanzmärkten wäre enorm.

8. Führt die Vollgeld-Initiative zu Inflation?

Das ist sehr gut möglich. Heute gilt der Franken als sehr vertrauenswürdige, stabile Währung. Die Unabwägbarkeiten der Vollgeld-Initiative setzen dieses Vertrauen aufs Spiel. Verliert der Franken jedoch künftig deutlich an Wert, fehlen der Nationalbank die Möglichkeiten, wirksam dagegen vorzugehen. Denn die Vollgeld-Initiative schreibt der SNB vor, neues Geld in Umlauf zu bringen, indem sie es an Bund, Kantone und die Bürgerinnen und Bürger verschenkt. Das führt dazu, dass sie dieses Geld nicht wieder aus dem Verkehr ziehen kann, wenn dies eigentlich nötig wäre. Sie verliert damit ein wichtiges geldpolitisches Steuerungsinstrument. Die Gefahr einer unkontrollierbaren Inflation wird durch Vollgeld also deutlich erhöht.

9. Die Nationalbank schüttet heute schon Milliarden aus. Was wäre bei Vollgeld anders?

Die Nationalbank hält heute ein sehr grosses Portfolio in Form von Devisen, Aktien, Staatsanleihen und anderen Investitionen als Gegenwert zu den Schweizer Franken, die sie in Umlauf gesetzt hat. Diese Investitionen werfen jedes Jahr einen Gewinn ab, den die SNB zum grössten Teil an Bund und Kantone ausschüttet. Gemäss einer 2016 getroffenen Vereinbarung zahlt die Nationalbank den Kantonen bis 2020 jährlich insgesamt eine Milliarde Franken aus, sofern ihre Ausschüttungsreserven dies zulassen. Das ist jedoch kein neu geschöpftes, sondern durch Investitionen erwirtschaftetes Geld. Mit den Versprechungen der Vollgeld-Initiative hat dies nichts gemein. Gemäss den Initianten soll die SNB jedes Jahr eine zweistellige Milliardensumme neu erschaffenen Geldes verschenken, das durch keinen Gegenwert gedeckt ist. Dieses neu erschaffene Geld würde dann tatsächlich auf Knopfdruck entstehen.

10. Können Banken heute wirklich auf Knopfdruck unbegrenzt neues Geld erschaffen?

Nein, das können Banken nicht. Nur die SNB kann das. Die Banken können zwar seit jeher sogenanntes Buch- oder Giralgeld schöpfen. Dabei unterliegen sie aber zahlreichen Beschränkungen und Regulierungen, die seit der Finanzkrise noch verschärft wurden. Nationalbank und Finanzmarktaufsicht (Finma) sorgen dafür, dass diese eingehalten werden. Konkret:

- Jede Bank muss auf ihrem Konto bei der Nationalbank immer mindestens 2,5 Prozent des von ihr geschaffenen Buchgeldes als Reserve halten. In Realität ist es bei Schweizer Banken heute ein Vielfaches mehr.
- Die Nationalbank legt einen Referenzzinssatz (Leitzins) fest. Erhöht sie diesen, werden Bankkredite teurer. Dann sinkt die Nachfrage der Kunden nach Krediten und die Banken schaffen weniger Buchgeld. So reguliert die Nationalbank indirekt die Kreditvergabe und damit auch die Geldmenge.
- Jede Bank muss Liquiditäts- und Eigenkapitalvorschriften erfüllen. Das schränkt die Herstellung von Buchgeld zusätzlich ein. Diese Regeln wurden in den letzten Jahren stark verschärft. Heute gehören die Schweizer Eigenkapitalvorschriften zu den strengsten weltweit.

Ausserdem gewährt keine Bank einen Kredit einfach ins Blaue hinaus, sondern verlangt entsprechenden Sicherheiten als Gegenwert. Denn schliesslich trägt sie das Risiko.



Vollgeld-Initiative

Nein.

www.vollgeldinitiative-nein.ch